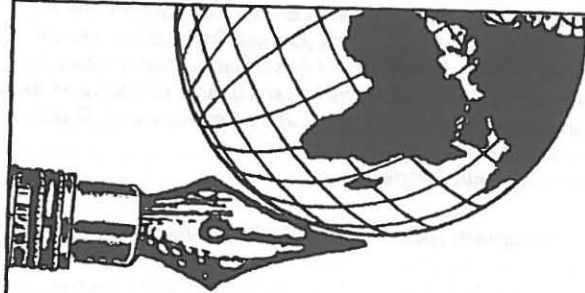


epd Entwicklungs- POLITIK

Das Forum zur Nord-Süd-Politik
- kritisch seit 1970 -



Tatsachen, Thesen, Trends

Zweimal monatlich rund sechzig Seiten
Information, Analyse und Dokumentation im
Fachinformationsdienst des Evangelischen
Pressedienstes (epd)

Die Themen:

Weltwirtschaft, Umwelt, Entwicklungs-
politik, Menschenrechte, Frauen, Ökumene
Der Wegweiser für Medien, Politik,
Nichtregierungsorganisationen,
politische Bildung, Wissenschaft

Bestellen Sie ein Probeheft!

Abonnement: 127,20 DM (einfach)
206,40 DM (mit Abdruckrecht)
epd-Vertrieb, Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Michael Obrovsky

Auswirkungen der Mitgliedschaft Österreichs bei der EU auf die österreichische Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Österreich ist seit 1.1.1995 Mitglied der Europäischen Union. Der Beitritt Österreichs hat im Bereich der Entwicklungspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit Auswirkungen nach sich gezogen, die weit über die finanziellen Beitragsverpflichtungen Österreichs zur europäischen Entwicklungszusammenarbeit hinausgehen und mehr auf der politischen, programmatischen und organisatorischen Ebene anzusiedeln sind (vgl. Artikel Lennkh in diesem Heft). Auch wenn man aufgrund der Beibehaltung der geographischen und sektoralen Schwerpunktsetzungen der bilateralen österreichischen Entwicklungspolitik nicht von einem inhaltlichen Paradigmenwechsel sprechen kann, so resultiert aus der Teilnahme an der gemeinsamen EU-Entwicklungspolitik doch eine Konfrontation mit anderen Dimensionen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, die mittelbar Veränderungen der österreichischen Positionen nach sich ziehen. Die Auswirkungen des EU-Beitritts Österreichs auf die österreichische Entwicklungspolitik können daher auch als notwendige strukturelle, institutionelle und administrative Reaktionen im Rahmen eines Integrationsprozesses angesehen werden, um eine aktive Teilnahme Österreichs an einer gemeinsamen EU-Entwicklungspolitik überhaupt wahrnehmen zu können.

In diesem Beitrag geht es um eine allgemeine Beschreibung von Prozessen und Aktivitäten im Rahmen der österreichischen Entwicklungspolitik, die durch den österreichischen EU-Beitritt ausgelöst wurden, eine ins Detail gehende Darstellung kann hier nicht geboten werden.

Konkrete Auswirkungen können bisher in folgenden Bereichen wahrgenommen werden:

- beim EZA-Budget
- bei der internationalen Abstimmung der Politik
- bei den außen- und entwicklungspolitischen Schwerpunktsetzungen (Präsidenschaft)
- bei den nichtstaatlichen Organisationen (NGOs)

1. Budgetäre Implikationen

Österreich zählt zu den „Nettozahlern“ bei der EU, das heißt, wir zahlen mehr in den gemeinsamen Haushalt ein, als wir aus den EU-Budgettöpfen erhalten. Rund 995 Mio. öS des österreichischen Beitrags wurden 1996 für Maßnahmen

im Rahmen der gemeinsamen EU-Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet. Jeder ÖsterreicherIn gibt statistisch rund 125 öS für die EU-Entwicklungszusammenarbeit aus. Für die bilaterale Programm- und Projekthilfe stellt jeder ÖsterreicherIn zum Vergleich rund 136 öS zur Verfügung.

Österreichische Beiträge für den Europäischen Entwicklungsfond (EEF), mit dem die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der Lomé-Verträge mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifikraums (AKP-Staaten) finanziert wird, sind frühestens im Jahr 2000 in der Höhe von rund 900 Mio. öS zu erwarten.

Humanitäre Hilfe der EU	196,24
EZA der EU an Asien, Lateinamerika und Südafrika	167,67
Nahrungsmittelhilfe der EU	152,33
EZA der EU an Mittelmeerländer und Länder des Mittleren Ostens	126,52
EZA der EU-Budgetlinie B78: External chapters of certain Community policies	122,29
Andere EZA-Aktivitäten der EU	99,33
EZA der EU an EL in Mittel- und Osteuropa	61,89
EZA der EU: Verwaltungskosten	32,90
EZA der EU im Bereich Demokratie und Schutz der Menschenrechte	23,06
EZA der EU-Budgetlinie B80: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	13,01
Gesamt	995,24

Quelle: ÖFSE, Österreichische Entwicklungspolitik 1997

Beiträge Österreichs zur Entwicklungszusammenarbeit der EU in Mio. öS 1996

Die Leistungen Österreichs für die EU-Entwicklungszusammenarbeit entsprechen dem Anteil Österreichs am Gesamt EU-Haushalt und betragen somit 2,7% des EU-EZA-Budgets. Der in der Tabelle bei den einzelnen Bereichen und Budgetansätzen ausgewiesene Wert ist daher ein berechneter Wert, der nicht auf österreichische entwicklungspolitische Entscheidungen zurückzuführen ist, sondern die Programme und Budgetansätze der EU-Entwicklungszusammenarbeit widerspiegelt. Er variiert entsprechend den Gesamtleistungen Österreichs an die Europäische Union und dem von ihr festgelegten Budget für ihre EZA. Für die österreichische Entwicklungshilfestatistik bedeutet dies praktisch eine zusätzliche Milliarde öS, die der multilateralen EZA zugeordnet wird. Diese zusätzlichen budgetwirksamen Ausgaben waren umstritten: Bei den Budgetverhandlungen über das EZA-Budget 1996/97 vertrat das BMF die Ansicht, daß der für die EU-Entwicklungszusammenarbeit anfallende Budgetanteil nicht zusätzlich aus dem Budget eingebracht werden könne, sondern teilweise aus dem für Programm- und Projektarbeit zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden sollte. Die Hoffnung des BMF, daß österreichische Projektträger (Firmen und NGOs) ihre Projekte aus Mitteln der EU finanzieren könnten und man daher Einsparungen beim Budget der bilateralen Programm- und Projekthilfe vornehmen könne, birgt grundsätzlich die politische Gefahr, daß Österreich aufgrund fehlender eigener Leistungen im Bereich der gestaltbaren Entwicklungszusammenar-

beit von der internationalen Gebergemeinschaft im allgemeinen und von der EU im besonderen nur geringe Mitsprachemöglichkeiten eingeräumt werden. Angesichts des Budgetvoranschlages 98/99, der für beide Jahre 850 Mio. öS sowie 100 Mio. öS Überschreitungsermächtigung vorsieht, dürfte sich diese Argumentation durchgesetzt haben, da keine Kürzungen des bilateralen EZA-Budgets eingetreten sind. Die österreichische ODA ohne den EU-Beitrag bzw. ohne Programm- und Projekthilfe hätte 1996 übrigens nur 0,20% des BNP betragen. Dies wäre auch ein ODA Rückgang, der politisch kaum zu vertreten gewesen wäre.

2. Die internationale Abstimmung der Politik

Bei der ersten Regierungskonferenz in Maastricht im Jahr 1992 wurden mit dem Titel XVII „Entwicklungszusammenarbeit“ – bestehend aus Artikel 130 u bis Artikel 130 y – die Grundsätze der gemeinsamen Entwicklungspolitik geregelt.

Die gemeinsame Entwicklungspolitik der EU soll aber nicht die nationale Entwicklungspolitik der Mitgliedsstaaten ersetzen, sondern eine Ergänzung der entsprechenden Politik der Mitglieder sein. Im Artikel 130 v verpflichtet sich die Gemeinschaft, die Ziele der gemeinsamen Entwicklungspolitik (siehe Artikel 130 u) bei den von ihr verfolgten Politiken, welche Entwicklungsländer berühren können, zu berücksichtigen. Mit diesem Artikel wird die Ausrichtung der gesamten Beziehungen zu den Entwicklungsländern den entwicklungspolitischen Zielsetzungen untergeordnet. Dies ist besonders im Zusammenhang mit der Außen-, der Handels-, der Fischerei-, und der Migrationspolitik der Europäischen Gemeinschaft relevant.

Um eine effizientere Entwicklungszusammenarbeit erreichen zu können, schreibt der Artikel 130 x eine Koordinierung der Entwicklungspolitik der Gemeinschaft mit der Politik der Mitglieder fest. Dabei geht es nicht nur um die Durchsetzung von konkreten Hilfsmaßnahmen und Projekten, sondern auch um die Koordinierung der gemeinsamen Positionen bei internationalen Konferenzen und in internationalen Organisationen. Die Koordinierung zielt vor allem darauf ab, gemeinsame Maßnahmen der Gemeinschaftspolitik und der nationalen Politik effizienter und wirkungsvoller zum Nutzen der Entwicklungsländer umzusetzen.

Durch die Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht, der den Weg zur politischen Union vorbereitet, verpflichtet sich auch Österreich zu einer Koordinierung der nationalen Entwicklungspolitik mit der EU-Entwicklungspolitik und ebenso zu einer Koordinierung der Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Für die Verwaltung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit bedeutet dies einen Internationalisierungsprozeß, der vor 1995 zwar erwünscht, aber für die Umsetzung der eigenen Projekte nicht unbedingt erforderlich war.

Seit der Mitgliedschaft Österreichs bei der EU ist die Verpflichtung zur Koordination der EZA-Aktivitäten praktisch in der gemeinsamen Verfassung geregelt. Die Einrichtung einer Stelle eines Rats für Entwicklungszusammenarbeit bei der

österreichischen Vertretung bei der EU sowie die Schaffung einer ausschließlich mit EU-Angelegenheiten befaßten Koordinierungsstelle im BMaA in der Sektion VII waren die ersten offensichtlichen Reaktionen Österreichs auf diese Verpflichtung.

In der Zwischenzeit – ermöglicht durch die EU-Präsidentschaft Österreichs in der zweiten Hälfte 1998 – sind die Mitarbeiter in der Sektion VII des BMaA an ein internationales Informationssystem angeschlossen, das Ihnen eine Teilnahme an speziellen entwicklungspolitischen Diskussionen innerhalb der EU-Mitglieder ermöglicht. Darüber hinaus erhalten sie über dieses Forum Informationen über politische, soziale und ökonomische Einschätzungen von EU-Vertretungen und Botschaften anderer Mitgliedsländer in einigen Pilotländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Dieser Informationsaustausch ist ein wichtiger Teil der operationellen Koordinierung, die von Österreich mit besonderem Interesse verfolgt wird.

Dieser einerseits durch die elektronische Vernetzung und andererseits durch die EU-Mitgliedschaft in sehr kurzer Zeit erreichte Informationsgewinn wirft eher die Frage nach der praktischen Informationsverarbeitung auf.

Zweifellos resultieren aus dieser Internationalisierung Auswirkungen auf die Gestaltung und Formulierung eigener österreichischer entwicklungspolitischer Programme und Positionen.

„Will ein Land bei der Gestaltung einer europäischen Entwicklungszusammenarbeit mitarbeiten, muß es nicht nur die entsprechenden finanziellen Mittel, sondern auch ein Programm anzubieten haben, um die Glaubhaftigkeit seines Engagements demonstrieren zu können.“ (Pietsch/Liebmann 1996 in: Weltnachrichten Nr. 1)

Gefragt ist daher mittelfristig ein klares, operationalisierbares Programm der österreichischen Entwicklungspolitik, Länderprogramme und eine entsprechende Budgetplanung. Der EU-Beitritt Österreichs hat hier zu einer Beschleunigung der Formulierung der Entwicklungspolitik, der Länderprogramme und der Sektorprogramme beigetragen. Bei der Auswahl der Schwerpunktländer gab es keine Veränderungen. Dem Dreijahresprogramm ist aber zu entnehmen, daß Österreich beispielsweise im SADC-Raum

„die Bemühungen sowohl der Europäischen Union als auch des DAC/OECD, welche die Koordination der Geber im SADC-Raum zum Ziel haben“, unterstützt. Eine Aussage für die Region Mittelmeer/Nahost verweist auf die Berücksichtigung der EU-Interessen im Rahmen der EZA.

„Einzelne Fördermaßnahmen in Ägypten, Tunesien und Marokko entsprechen der politischen Zielsetzung der Europäischen Union, Staaten dieses Raumes als zukünftig gleichberechtigte Partner zu stärken.“ (Dreijahresprogramm 1997–1999)

Inhaltliche Defizite sind aber noch bei der gemeinsamen österreichischen Positionsfindung zu entwicklungspolitisch relevanten Diskussionspunkten aufgrund fehlender Personalressourcen feststellbar. Die gemeinsame österreichische Positionsfindung wird darüber hinaus von der Aufsplitterung der Kompetenzen der Entwicklungszusammenarbeit in unterschiedliche Ressorts, die nicht immer ent-

wicklungspolitische Intentionen vertreten, behindert. Auch hier hat die Vorbereitung der österreichischen Präsidentschaft zu temporären personellen Erweiterungen im BMaA geführt, die aber über den geringen Personalstand in der EZA-Verwaltung nicht hinwegtäuschen können.

Ein Thema, das Österreich bei seiner Präsidentschaft zu behandeln haben wird, ist die Zukunft der Beziehungen der EU zu den AKP-Ländern. Hier konnte auf der Basis eines „Expertenpapiers“, das unter der Federführung des BMaA unter Einbindung verschiedener Personen aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und NGOs entstanden ist, eine österreichische Position formuliert werden, die in den Grundaussagen von der „entwicklungspolitischen Szene“ mitgetragen werden kann.

3. Außen- und entwicklungspolitische Schwerpunktsetzung

Österreich übernimmt für die zweite Hälfte des Jahres 1998 die EU-Präsidentschaft. Dies bedeutet im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit die Koordinierung und Leitung des Entwicklungsministerrates und somit der EU-Entwicklungspolitik. Der Platz für eigene entwicklungspolitische Initiativen ist dabei allerdings nicht sehr groß, vielmehr ist die Rolle eines „ehrlichen Maklers und Vermittlers“ (FSTS Ferrero Waldner) gefragt, der die Koordinierungs- und Leitungsfunktion und die Vertretung der EU nach außen wahrnimmt. Die Präsidentschaft wird generell als außenpolitische Chance betrachtet, Österreich für ein halbes Jahr auf der weltpolitischen Bühne zu positionieren, und zwar in einer Funktion, die die faktische politische und ökonomische Bedeutung Österreichs bei weitem übersteigt. Im Bereich der Beziehungen zu den Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens bietet sich hier die Chance, internationale politische Präsenz zu signalisieren. Eine außenpolitische Nord-Süd-Vermittlerrolle – wie sie Österreich in den 80er Jahren versuchte – ist im Rahmen der Präsidentschaft nicht möglich, auch wenn unter den österreichischen Vorsitz die Neuverhandlungen für die künftigen Beziehungen Europas zu den AKP-Ländern fallen.

Eine detaillierte Darstellung des Programms der Präsidentschaft sprengt den Rahmen dieses Beitrages (vgl. Pietsch, ÖFSE 1997), es zeigt sich bei der Betrachtung des Programms allerdings, daß Österreich einerseits Themen der DG VII übernehmen wird (Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit der Union, Habitat II, Tourismus) und andererseits eigene Schwerpunkte einbringen kann, die die europäische entwicklungspolitische Diskussion beschäftigen.

Die österreichischen Schwerpunkte sind:

- Konfliktmanagement
- Operationelle Koordinierung
- Kohärenz/Umwelt
- Lomé 2000

Diese Themen werden von Österreich während des Vorsitzes in den entsprechenden Foren und Gremien (Ministerkonferenzen, Entwicklungsministerrat, Generaldirektorentreffen u.a.) eingebracht und unter Einbeziehung der EU-Mit-

gliedsländer behandelt. Dies erfordert eine entsprechende Vorbereitung und Einarbeitung, da Österreich den Vorsitz bei diesen Veranstaltungen, Konferenzen und Arbeitsgruppen inne hat.

Der EU-Vorsitz Österreichs hat daher den Effekt eines Beschleunigungsprogramms für die Integration Österreichs in die Europäische Union mit sich gebracht. Die Präsidentschaft ist der Test, der nach einem dreijährigen Lernprogramm innerhalb der EU-Gremien und Mechanismen erfolgt ohne daß die Lernphase jedoch als abgeschlossen bezeichnet werden kann. Die „Europäisierung der Entwicklungspolitik“ Österreichs (Pietsch in: Liebmann/Amon 1997) wird durch die Präsidentschaft Österreichs vorangetrieben, da im Rahmen der Außenvertretung der EU Österreich erstmals gesamteuropäische Positionen zu vertreten hat. Und dies obwohl bei der österreichischen Bevölkerung das Bewußtsein, daß wir ja ein Teil des gemeinsamen Europa sind, nicht besonders verankert ist. Dies liegt auch daran, daß die EU, ihre Entscheidungsebenen, ihre Mechanismen und Instrumente – auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit – nicht transparent und nachvollziehbar genug präsentiert.

4. Die Kofinanzierung mit nichtstaatlichen Organisationen

Bei den Durchführungsorganisationen der österreichischen EZA – insbesondere bei den NGOs – hat der EU-Beitritt eine große Unsicherheit im Hinblick auf die Finanzierung der Projekte durch das BMA-Budget und im Hinblick auf die Fortführung einer eigenständigen österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ausgelöst. Hauptursache dafür war die Befürchtung, daß die bilaterale Programm- und Projekthilfe zugunsten des EU-Beitrages reduziert wird. Diese Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet.

Nach dem Beitritt Österreichs zur EU lud die AGEZ (Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit) zur Gründung einer EU-Plattform ein, um eine Basis für eine demokratisch legitimierte Vertretung der österreichischen NGOs beim Liaison Committee in Brüssel zu schaffen. Das LC vertritt die Anliegen der Entwicklungspolitik aus der Sicht der europäischen NGOs bei der EU-Kommission. Das Hauptmotiv vieler NGOs für eine Mitgliedschaft bei der österreichischen EU-Plattform bestand in der Hoffnung auf einen Zugang zu den EU-Finanzierungsquellen für die Entwicklungszusammenarbeit. Diese Erwartung kann das LC aber nur auf der Informationsebene erfüllen, da es in erster Linie als „Verbindungskomitee“ zur Kommission im Sinne einer Lobbyingorganisation tätig ist. Das LC erwartet daher von den nationalen Plattformen eine entsprechende Mitarbeit bei der Vorbereitung der NGO-Positionen zu bestimmten entwicklungsrelevanten Themen (z.B.: Regierungskonferenz, Lomé), und die Unterstützung der Lobbyingaktivitäten auf nationaler Ebene.

Die österreichischen – vorwiegend in der Projektdurchführung tätigen – NGOs können diese Funktion nicht ausreichend erbringen. Dafür fehlen vor allem die personellen und finanziellen Ressourcen bei den NGOs, die sich mit ent-

wicklungspolitischen Fragestellungen nicht intensiv genug befassen können. Die AGEZ hat daher gemeinsam mit der EU-Plattform drei Arbeitskreise eingerichtet, in denen die Diskussion von entwicklungspolitisch relevanten Fragestellungen innerhalb der NGOs erfolgen soll. Die Konfrontation mit EU-entwicklungspolitisch relevanten Themenstellungen hat auch bei einigen NGOs einen Internationalisierungsprozeß eingeleitet, der vor 1995 noch vorwiegend auf den deutschsprachigen Raum beschränkt war.

Die Aussicht auf Finanzmittel der EU hat nach dem Beitritt Österreichs zahlreiche NGOs dazu bewogen, Kofinanzierungsanträge an die DG VIII zu stellen. Die größten Aussichten für einen Zuschuß aus EU-Mitteln gibt es im Bereich der EU-Kofinanzierung für Projekte in Entwicklungsländern und für Projekte der Bildungsarbeit in Österreich. Die Entsendung von EntwicklungshelferInnen sowie die Betreuung von StipendiatInnen aus Ländern der Dritten Welt wird von der EU-Kommission nicht finanziert. Die erste Hürde war für viele NGOs die Organisationsprüfung durch die Kommission. Der Nachweis der Verankerung der Organisation in der zivilen Gesellschaft scheiterte vielfach an den zu geringen Eigenmitteln. Ferner sind verschiedene österreichische NGOs für eine Kofinanzierung mit der EU einfach zu klein und zu wenig professionell in der Abwicklung der Projekte. Es fehlt vielfach auch eine eigene unabhängige Struktur, die eine den EU-Richtlinien gemäße Vorbereitung des Projektes erlaubt. Darüberhinaus finanziert die EU nur bis zu 50% der Projektkosten: mindestens 15% der Projektkosten müssen aus Eigenmittel der Organisation stammen, der Rest von 35% wird von der Sektion VII des BMaA kofinanziert. Ohne die Kofinanzierung des BMaA wären auch die EU-Kofinanzierungsbudgets für österreichische NGOs nicht zugänglich, da Eigenmittel ausschließlich von katholischen Organisationen oder von größeren spendenwerbenden Organisationen aufgebracht werden können.

Der gesamte Kofinanzierungstopf für die Finanzierung von Vorhaben von Nichtregierungsorganisationen (Budgetlinie B7–5010/B7–6000) betrug im Jahr 1995 rund 2 Mrd. öS. An österreichische Projektträger wurden davon 1,4% zugesagt. Das waren rund 30 Mio. öS. Das gesamte Projektvolumen österreichischer Projekte im Rahmen der EU-Kofinanzierung betrug 1995 rund 60 Mio. öS. Im Jahr 1996 konnten österreichische NGOs die Zusagen für die Kofinanzierung mit der EU verdoppeln. Von der EU-Kommission wurden 1996 für österreichische NGO-Projekte rund 61 Mio. öS genehmigt. Die Gesamtsumme der Projekte beträgt rund 133 Mio. öS. Projekte in dieser Höhe sollen in den Folgejahren realisiert werden. Daten über die tatsächlich ausbezahlten EU-Mittel liegen nicht vor. Die Kofinanzierungsstelle für Entwicklungszusammenarbeit konnte bisher die meisten Projektgenehmigungen im Rahmen der EU-Kofinanzierung erreichen:

1995				1996			
	Anzahl	Projektsumme	EU-Zuschuß		Anzahl	Projektsumme	EU-Zuschuß
15 EU-Mitglieder	755	347,27	153,58	15 EU-Mitglieder	819	387,76	172,08
davon:				davon:			
Österreich	17	4,95	2,22	Österreich	22	10,21	4,72
in%		1,4	1,4	in%		2,6	2,7

EU-Kofinanzierungen mit NGOs (Zusagen) 1995 und 1996 in Mio. ECU

Trotz zunehmenden Engagements der österreichischen NGOs bei den EU-Kofinanzierungsprogrammen kann man festhalten, daß hier zwar eine zusätzliche Finanzierungsquelle für größere NGOs zur Verfügung steht, jedoch aufgrund der Kofinanzierung mit dem BMaA kein Einsparungspotential für das öffentliche EZA-Budget besteht. Die langen Wartezeiten bis zur Genehmigung der Projekte sowie ein hoher administrativer Aufwand beim Antragsverfahren ermöglichen nur größeren NGOs den Weg nach Brüssel. Kleine Organisationen scheitern am Antragsverfahren und den methodischen Voraussetzungen bei der Projektdurchführung. Für kleinere Organisationen stellt die DG VIII sogenannte Multi-Projektprogramme zur Verfügung, die über größere Organisationen angeboten werden. 1997 wurde der KFS und der ÖFSE im Bereich der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit die Abwicklung eines Multiprojektprogrammes angeboten, das derzeit durchgeführt wird.

Um das Antragsverfahren zu beschleunigen, hat die Kommission Stellen eingerichtet, die eine formale Prüfung der Anträge vornehmen, bevor sie an die DG VIII weitergereicht werden. Österreichische Anträge für Auslandsprojekte können beim Liaison Committee in Brüssel geprüft werden. Die Kofinanzierungsanträge für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Österreich werden von Komment geprüft. Da nur größere Organisationen die Kofinanzierung wahrnehmen können, sind die Auswirkungen des EU-Beitritts Österreichs im NGDO Bereich als Stärkung der „Platzhirsche“ zu interpretieren. Kleine NGOs profitieren nur über den Umweg der Internationalisierung der entwicklungspolitischen Diskussion. Dabei ist ihr EU-kritisches Potential aber eine wichtige Kontrollfunktion.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der EU-Beitritt Österreichs Veränderungen sowohl in der öffentlichen Verwaltung der österreichischen EZA als auch bei den Projektdurchführungsorganisationen in Gang gesetzt hat. Die Einbindung Österreichs in die internationale entwicklungspolitische Diskussion hat mittelbare Auswirkungen auf die Formulierung der österreichischen Konzepte und Positionen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Der EU-Vorsitz Österreichs im Herbst 1998 hat die für eine inhaltliche Mitgestaltung der europäischen Entwicklungszusammenarbeit notwendigen Lernprozesse stark beschleunigt und zu einer „Europäisierung“ der österreichischen entwicklungspolitischen Diskussion geführt. Die materiellen Leistungen Österreichs im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit müßten allerdings ebenso einem europäischen Ni-

veau (0,37% anstelle von 0,24% des BNP, wie das 1996 der Fall war, vgl. Artikel von Jäggle in diesem Heft) angepaßt werden.

Abstracts

The impact of the European Union Austrian membership on the Austrian development cooperation policy can be considered as an enlargement of the Austrian cooperation policy to an international – more European – approach. The confrontation with the EU development cooperation, the instruments of the EU-cooperation and the EU-policy as an active member have produced an international discussion about development cooperation in Austria. There are no obvious short term impacts on the Austrian development cooperation programme, but there are expected impacts on the Austrian relationship to third world countries as member of the European Community.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit bewirkte der EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 neben der Verpflichtung zur Bereitstellung von fast 1 Mrd. ATS für die Entwicklungszusammenarbeit der EU vor allem eine Internationalisierung der österreichischen Entwicklungspolitik. Es wurden sowohl im Bereich der öffentlichen Verwaltung als auch bei der privaten Entwicklungszusammenarbeit Lern- und Diskussionsprozesse in Gang gesetzt, die für eine aktive Mitgestaltung der EU-Entwicklungszusammenarbeit eine notwendige Voraussetzung bilden. Die österreichische EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998 beschleunigt diesen Prozeß der „Europäisierung“ der österreichischen Entwicklungspolitik noch einmal wesentlich. Konkrete mittel- und langfristige Auswirkungen auf die Programmatik und die Politik sowie auf die außenpolitische Rolle Österreichs resultieren vor allem aus der Komplexitätserweiterung, die der Beitritt für Österreich und seine Außenbeziehungen als EU-Mitglied mit sich gebracht hat.

Literatur

- BMaA. 1996. *Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit 1997–1999, Fortschreibung*. Wien.
- BMaA. 1997. *Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit 1998–2000, Fortschreibung*, Entwurf. Wien.
- ÖFSE. 1997. *Österreichische Entwicklungspolitik; Berichte, Analysen, Informationen*. Wien.
- ÖFSE. 1996. *Österreichische Entwicklungspolitik; Berichte, Analysen, Informationen*. Wien.
- Pietsch, Ursula. 1997. *EU-Entwicklungszusammenarbeit – Profil der österreichischen EU-Präsidentschaft im 2. Halbjahr 1998*. ÖFSE: Wien.
- Pietsch, Ursula. 1997. „Europäische Entwicklungszusammenarbeit – Gedanken zur Rolle eines kleinen Gebers“. In: Liebmann/Amon: *Dimensionen 2000. Umwelt, Friede, Entwicklung*. Wien: Verlag Holzhausen.

Reflexionspapier österreichischer Experten. 1997. *Lomé 2000*. Wien.
 BMfaA. 1996. *Weltnachrichten*, Nr. 1/1996.
 BMfaA. 1997. *Weltnachrichten*, Nr. 4/1997.

Michael Obrovsky, Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe
 (ÖFSE), A-1090 Wien, Berggasse 7

Journal für Entwicklungspolitik XIV/1, 1998, S. 103–108

Werner G. Raza und Andreas Novy Hg. 1997. Nachhaltig reich – nachhaltig arm? Kritische Geographie, Bd. 12. Frankfurt a.M./Wien: Brandes & Apsel/Südwind, 222 Seiten, öS 196,–/DM 26,80.

Nachhaltig reich – nachhaltig arm? Mit Reichtum und Armut – sprich mit der Verteilungsfrage – wird das Modewort Nachhaltigkeit heute gemeinhin nicht in Zusammenhang gebracht. Vielmehr werden durch den Nachhaltigkeitsdiskurs Machtstrukturen ausgeblendet und Herrschafts- und Verteilungsfragen weder gestellt noch angetastet: „Entwicklungsprozesse sind durch Machtstrukturen geprägt, im Reden über Entwicklung und im Handeln in konkreten organisatorischen Kontexten ist Macht ständig präsent, durchzieht und durchdringt sie die sozialen Prozesse.“ Soweit eine zentrale These der Herausgeber. Eine Reihe von Akteuren, die im Nachhaltigkeitsparadigma agieren, sind sich dieser strukturellen Dimensionen ihres Handelns allerdings nicht bewußt. Es ist daher um so erfreulicher und meiner Ansicht nach äußerst wichtig, daß mit diesem überraschend kohärenten Sammelband von internationalen Sozialwissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen versucht wird, diese hinter dem Diskurs um Nachhaltigkeit stehenden Strukturen offenzulegen. Und, das kann vorweg schon gesagt werden, gelingt sehr gut. Die Behandlung des Themas auf der Ebene des Diskurses, auf der Ebene von Organisationen und auf globaler Ebene verdeutlicht die vielschichtigen Dimensionen dieses Begriffsfeldes. Trotz – oder vielleicht gerade wegen – des hohen Niveaus und der Großteils äußerst tiefgehenden und klaren Analyse, gelingt es den meisten Autoren, vor allem im ersten und zweiten Teil des Sammelbandes, diese Strukturen sehr plastisch und verständlich darzustellen.

Im ersten Kapitel werden die Metamorphosen des Nachhaltigkeitsdiskurses in zwei Beiträgen einer kritischen Analyse unterzogen. Im zweiten Teil werden insgesamt vier Fallbeispiele dargestellt, in denen der Frage nachgegangen wird, wie sich Macht- und Nachhaltigkeitsdiskurs in und zwischen Organisationen in konkreten Situationen darstellen. Zu den untersuchten Fällen zählen unter anderem ein Beispiel aus Österreich, aber auch die selbstkritische Analyse eines Entwicklungsprojektes. Im dritten Teil des Buches wird versucht politik-ökonomische Analysen mit ökologischen Fragen zu verbinden, wobei sowohl konkrete historische Analysen auf globaler Ebene als auch theoretische Auseinandersetzungen mit herrschenden Theorien vorgenommen werden. In diesem dritten Teil ist der Beitrag von Werner G. Raza, einer der beiden Herausgeber, besonders hervorzuheben. Er unternimmt einen sehr interessanten und meiner Meinung nach vielversprechenden Versuch, die Tendenzen der Naturaneignung und der kapitalistischen Entwicklung sowie die damit verbundenen verteilungspolitischen Konsequenzen konzeptionell zu fassen.

Der Frage, warum das ursprünglich radikal gesellschaftsverändernde Konzept der Nachhaltigkeit heute kaum mehr emanzipatorischen Charakter inne hat, wird im ersten Beitrag von Christoph Spehr und Armin Stickler nachgegangen. Sie beschreiben in ihrer aufschlußreichen Analyse wie und warum sich das diskursive Feld der Nachhaltigkeit gewandelt hat. Auch Sigmar Groeneveld setzt sich im zweiten Beitrag mit der Vereinnahmung und Vermachtung des Diskurses über Nachhaltigkeit auseinander. Von Spehr, Stickler und von Groeneveld werden mögliche Richtungen für Gegenentwürfe umrissen. Diese werden einerseits in einer ‚Abwicklung des Nordens‘ andererseits in der auf Ivan Illich zurückgehende Idee der ‚befreienden Selbstbegrenzung‘ gesehen. Diese eher mageren und meiner Meinung nach auf fraglicher Basis aufbauenden ‚alten Hüte‘ lassen sich jedoch auf keinen Fall direkt aus ihren Beiträgen ableiten und schmälern daher nicht im geringsten ihren außerordentlich aufschlußreichen Beitrag zur kritischen Dekonstruktion des Nachhaltigkeitsbegriffes.

Im zweiten Teil des Sammelbandes zeigt Barbara Pusch auf, wie gemäß den Interessen islamischer Gruppen in der Türkei die ökologische Kritik zu einer Kritik am abendländischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und der Nachhaltigkeitsdiskurs in einen anti-westlichen verkehrt wird. Im nächsten Fallbeispiel wird von Pedro Jacobi und Jacques Demajorovic für Brasilien gezeigt, wie professionelle NGOs im durch die vorgeblich neutrale Wissenschaftssprache geprägten Diskurs über Nachhaltigkeit an Einfluß gewinnen. Andreas Novy zeigt anhand der äußerst interessanten und kritischen Reflexion eines Entwicklungsprojektes im brasilianischen Regenwald ganz klar auf, daß der Nachhaltigkeitsdiskurs zwar einige ökologische Verbesserungen bringen kann, gleichzeitig aber die traditionellen sozialen Herrschaftsstrukturen stabilisiert. Von Silvia Nossek wird am Beispiel eines Konfliktes um die Nutzung eines öffentlichen Platzes inmitten eines vornehmen Wohnviertels in Wien aufgezeigt, wie organisierte Macht und Verhältnisse konserviert werden, indem Naturschutz zu lasten sozialer Bedürfnisse instrumentalisiert wird.

Am Beginn des dritten Teiles steht der bereits oben hervorgehobene Beitrag von Werner G. Raza. Ihm gelingt es, aufbauend auf seine konzeptionelle Fassung von kapitalistischer Entwicklungsdynamik und Naturnutzung ein klareres Bild bezüglich der dynamischen Interaktion von Ökonomie, Gesellschaft und Natur zu entwickeln. Dieser Beitrag dient auch als Rahmen für die folgenden Artikel, die jeweils bestimmte Aspekte der Verteilungsproblematik aufgreifen, wobei bei manchen ökologische (Verteilungs-)Aspekte allerdings eher zu kurz kommen. Joachim Becker kommt in einer umfassenden und äußerst fundierten historischen Analyse von Entwicklungsmodellen zum Schluß, daß verteilungspolitische Handlungsmöglichkeiten vor allem in ökonomischen Umbruchphasen und bei einem geringen Grad der ökonomischen Internationalisierung groß sind. Kunibert Raffer setzt sich in seinem gelungenen Beitrag zunächst kritisch mit der ökonomischen „Mainstream“-Ökonomie und ihrem Verhältnis zur Liberalisierung auseinander. In seiner Analyse des globalen Handelssystems stellt er fest, daß Ökoprotektionismus gepaart mit einer Auslagerung umweltverschmutzender

Produktionen in den Süden den „schlimmsten aller möglichen Fälle“ darstellt. Die Hinwendung zur neoliberalen Wirtschaftspolitik in Europa ist, wie Michael Dunford detailliert zeigt, der Hauptgrund für die Polarisierung zwischen Arm und Reich. Eine explizite Behandlung der damit verbundenen ökologischen Konsequenzen läßt dieser Beitrag allerdings vermissen. Im abschließenden Beitrag gelingt es Saar von Hauermeiren und Bert de Wel am Beispiel des neoliberalen Agrarexportmodells Chile sehr klar aufzuzeigen, daß die negativen ökologischen Effekte dieses Modells im wesentlichen in Chile anfallen. Diese werden allerdings im Zuge des liberalen Handels mit dem Norden nicht entgolten, woraus gefolgert wird, daß das rohstoff- und agrarexportorientierte Modell keineswegs eine Entwicklungsoption darstellt.

Dieser Sammelband bietet eine gelungene und fundierte Analyse des (fast) allseits verwendeten und beliebten Diskurses über Nachhaltigkeit. Auf unterschiedlichen Ebenen wird ein (dringend benötigter) Anstoß für eine kritische Auseinandersetzung mit der Verschleierung von Macht- und Verteilungsstrukturen durch den Nachhaltigkeitsdiskurs geliefert. Dieses Werk kann daher jedem/jeder zur Lektüre nahegelegt werden.

Johannes Jäger

Leo Gabriel Hg. 1997. Die globale Vereinnahmung und der Widerstand Lateinamerikas gegen den Neoliberalismus. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel/Südwind.

Leo Gabriel hat als Herausgeber 16 Beiträge über die Vereinnahmung Lateinamerikas durch den Neoliberalismus und den Widerstand dagegen versammelt. Fallbeispiele aus acht Staaten werden behandelt – Mexiko ist gleich viermal vertreten, Brasilien zweimal, zudem noch Argentinien, Nicaragua, Chile, Bolivien, Ecuador und El Salvador. Dazu kommen vier Beiträge, die sich nicht auf ein Land beschränken, sondern ein Thema in den Mittelpunkt stellen (z.B. das Verhältnis von Markt und Staat). Die so entstehende Breite des Buches ist gewiß eine seiner Stärken. Die gute Lesbarkeit aller Texte ist ein anderer positiv zu erwähnender Punkt. Der vorliegende Band bietet somit einen guten Überblick und hat in jeder Bibliothek entwicklungspolitisch interessierter LeserInnen seinen Platz als gut brauchbare Einführung. So wird etwa trotz der Heterogenität der Beiträge überaus deutlich, was „Diktatur der Makroökonomie“ (so der Titel des ersten Teiles des Buches) bedeutet: Die neoliberalen Modernisierungsprozesse von Mexiko bis Chile begünstigen jeweils einen kleinen Teil der Gesellschaft (bzw. global agierende Kapitaleigner und -verwalter), können aber weder makroökonomisch als erfolgreich gelten, noch für sich in Anspruch nehmen, soziale Probleme zu lösen. Im Gegenteil: unisono stellen die AutorInnen fest, daß der überwiegende Anteil der Menschen in Lateinamerika zu den VerliererInnen der Globalisierung zählen, weil die strukturellen Probleme peripherer Ökonomien und Gesellschaften durch den Neoliberalismus verschärft werden. Bei aller Klarheit, wie sehr die lateinamerikanischen Länder sich in ähnlichen Problemen befinden, bei allen wichtigen Informationen zum sozialen und makroökonomischen Desaster des Neoliberalismus – die am Klappentext versprochene Analyse gelingt nur partiell. Anders ausgedrückt: Der Spagat zwischen wissenschaftlichem Anspruch und (oftmals) journalistischer Herangehensweise glückt nur manchmal. Viele Beiträge mögen sehr informativ sein, sie bleiben dennoch meist deskriptiv. Etwa werden die Folgen der Diktatur der Makroökonomie zwar deutlich gemacht, ihre Mechanismen aber kaum untersucht. Auch die Frage, warum Neoliberalismus das (notwendige) Pendant der Globalisierung ist, wird nicht gestellt. Dazu kommt, daß an sich gute Einführungstexte (wie der von Anne Hufschmid über die mexikanische Krise) in sehr ähnlicher Form bereits vorliegen, und zwar auch in deutscher Sprache (z.B. im Kurswechselfach „Die Zukunft der Dritten Welt“). Dies schmälert natürlich den Gebrauchswert. Als theoretisch sicherlich anspruchsvoller – und ansprechender – Text ist jener von Ana Fernandes und Andreas Novy hervorzuheben. Am Beispiel des von vielen erwarteten, letztlich aber nicht errungenen Wahlsieges des linken Lula da Silva bei den brasilianischen Präsidentschaftswahlen im Oktober 1994 zeigen sie, wie sehr die gesellschaftspolitische Entwicklung von der wirtschaftlichen Macht abhängt. Fernandes und Novy argumentieren, daß es den dominanten Gruppen Brasiliens mit der Währungsreform

(Plano Real) gelungen ist, die Unzufriedenheit einzudämmen, weil Geldwertstabilität geschaffen wurde: „Mit einem Schlag gingen die Inflationsraten und damit auch die Präferenzen für die Opposition zurück.“ Diese These wird überzeugend begründet (z.B. an Hand von Daten über die Lohnentwicklung), wenn auch ein etwas längeres Verweilen bei dieser Thematik wünschenswert wäre. Interessant wäre es beispielsweise zu fragen, warum es der ‚Partido dos Trabalhadores‘ nicht gelungen ist, bewußt zu machen, was Fernandes und Novy aufzeigen: Daß nämlich die Besserstellung der Armen mit einer wachsenden Polarisierung einhergeht, und zwar generell zwischen ‚Arm‘ und ‚Reich‘, und zwischen Konsument und Bürger: „Der Konsument bekommt viele Erleichterungen (...), aber wenn er krank wird und kein Geld hat, stirbt er in der Schlange des Doktors.“ Daran anknüpfend wird auch die zweite These des Artikels überzeugend argumentiert. Globalisierung, so die AutorInnen, bedeutet in Brasilien Globalisierung des Geldes, nicht der Produktion. Damit wird auch die tiefgreifende Bedeutung des ‚Plano Real‘ offensichtlich: Er war das notwendige Instrument zur Einklinkung in den monetären Weltmarkt, und damit Voraussetzung für die allorts zu beobachtenden Begünstigung des Finanzsektors gegenüber der Produktion, dem Staat und der Gesellschaft.

Schade daß die Bibliographie dieses Beitrages mehr als unvollständig ist – jeder zweite zitierte Text scheint nicht auf. Eine Schlaperei (des Verlages?), die das Weiterlesen oft verhindert. Apropos Bibliographie: die meisten AutorInnen des Buches begnügen sich mit knappen Literaturverzeichnissen, auf das Zitieren im Text selbst wird gerne verzichtet. Für wissenschaftlich orientierte LeserInnen ein großes Manko. Die Kapitel „Politik an der Peripherie“ und „Netzwerke des Widerstands“ sind Dank ihres Reichtums an Informationen über politische Prozesse, Parteien und Basisbewegungen ausgesprochen lesenswert. Dies gilt insbesondere für die Beiträge von Ralf Leonhard über die soziale Krise in Nicaragua, von Elke Mader über die indianische Herausforderung in Ecuador und von Leo Gabriel über den Kampf der Frauen in den Maquiladoras von El Salvador. Allerdings ist anzumerken, daß in vielen Beiträgen der Begriff „Zivilgesellschaft“ herumgeistert, ohne daß er näher definiert oder gar analysiert wird. Woher „Zivilgesellschaft“ kommt und welches verändernde Potential möglicherweise in ihr steckt, wird ebenso wenig untersucht wie die Frage, ob der Boom des Begriffes nicht auch etwas zu tun haben könnte mit Globalisierung und Neoliberalismus. Das abschließende Kapitel „Visionen der Zeitenwende“ bleibt trotz prominenter Namen – von Leonadro Boff über Eduardo Galeano bis hin zu Subcomandante Marcos – unbefriedigend. Wünsche an eine „planetarische Demokratie“ (Boff), an eine „Geokultur der Harmonie und Toleranz“ (Gorostiaga) oder ganz allgemein an die „Zivilgesellschaft“ (Galeano) mögen gut klingen – über die tatsächliche Ratlosigkeit angesichts der globalen Vereinnahmung können sie nicht hinwegtäuschen. Die Schwäche dieses Abschnittes den Autoren vorzuwerfen, wäre allerdings falsch, spiegelt sie doch nur die reale Schwäche der Opposition zum Neoliberalismus wider. Zu deren Behebung die mexikanischen Zapatisten mit ih-

rem Projekt, nicht die Machtfrage zu stellen, sondern die Macht in Frage zu stellen, vielleicht einen ersten Schritt getan haben.

Christof Parnreiter

Über Autoren und Autorinnen

Hanak, Ilse, Dr., ist seit über 20 Jahren in der Entwicklungspolitik engagiert, besonders in Projekthilfe für Afrika und in Bildungsarbeit. Seit 1990 befaßt sie sich mit wissenschaftlicher Forschung zu Frauen in Afrika und mit dem Status von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit. Sie ist Mitglied des Entwicklungspolitischen Beirates des Salzburger Landesregierung und arbeitet in einer Post-Beijing-Arbeitsgruppe/Bereich Entwicklungspolitik mit.

Hartmeyer, Helmuth, Mag., 1986–1993 Geschäftsführer des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik und 1992–1995 Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit, ist seit 1995 Geschäftsführer der Gesellschaft für Kommunikation und Entwicklung mit Sitz in Salzburg.

Jäggle, Martin, Dr., Lektor an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien, Professor an der Religionspädagogischen Akademie Wien, Herausgebervertreter beim SÜDWIND-Magazin für Entwicklungspolitik, seit 1972 Kommentare und Publikationen zur österreichischen Entwicklungspolitik.

Lennkh, Georg, Dr., im Rahmen seiner Laufbahn unter anderem österreichischer Botschafter bei der OECD, gegenwärtig Leiter der Sektion Entwicklungszusammenarbeit im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (BMaA).

Obrovsky, Michael, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Österreichischen Forschungsförderung für Entwicklungshilfe ÖFSE, Lektor am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, beschäftigt sich mit österreichischer und internationaler Entwicklungspolitik.

Samec, Elisabeth, Mag., Studium der Biologie, Chemie sowie Haushalts- und Ernährungswissenschaften an der Universität Wien. Seit 1991 angestellt beim WWF (World Wide Fund For Nature), verantwortlich für internationale Wald- und Entwicklungspolitik. Im Rahmen der Nationalinitiative Wald hat der WWF die Verantwortung für vier Projekte des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten übernommen.

Informationen für Autoren

Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Währinger Straße 17/194, A-1090 Wien. Senden Sie zwei Kopien. Diese werden zwei externen Begutachtern zur Stellungnahme vorgelegt. Der Beitrag darf komplett den Umfang von 20 Seiten (2zeilig) nicht überschreiten. Legen Sie ein kurzes englisches Abstract, ein deutsches Abstract (je ca. 100 Worte) und eine Kurzcharakteristik ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit bei. Auf dem Manuskript sollte Ihr Name nicht angegeben sein. Zitierweise: Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Im Text selbst geben Sie bitte den Namen, das Jahr und bei wörtlichen Zitaten die jeweilige Seite an. Schicken Sie Ihren Beitrag zusätzlich auf Diskette, wobei das Manuskript mit Win-Word oder einem anderen Windows-compatiblen Programm erfaßt sein sollte. Redaktionsschluß für das Heft Nr. 1 ist der 31.12., für das Heft Nr. 2 der 31.3., für das Heft Nr. 3 der 30.6. und für das Heft Nr. 4 der 30.9.

Information for Contributors

Submit manuscripts to: Austrian Journal of Development Studies, Währinger Straße 17/194, A-1090 Vienna, Austria. Submit two copies and retain the original for your files. All papers deemed appropriate for the AJDS are sent out anonymously to referees. A full-length article should not be longer than 20 manuscript pages, including title page, abstract, text, references, footnotes, tables, and figures. Manuscripts must be typed double-spaced. Include a brief english abstract, a german abstract (each fewer than 100 words) and a short curriculum vitae (not more than 40 words). Delete all identifying references from your manuscript. Reference Format: In the appendix: List all items alphabetically and, within author, by year of publication. In the text: All source references are to be identified at the appropriate point in the text by the last name of the author, year of publication, and pagination where needed. Additionally submit the article in machine-readable form, possible file formats are Word for Windows or other word-processing programs for Windows. The deadline for the issue no. 1 is Dec. 31, for issue no. 2 March 31, for issue no. 3 June 30, and for issue no. 4 Sept. 30.

Die folgenden Hefte

Heft 2/1998: Integration in Südamerika
Heft 3/1998: Offenes Heft
Heft 4/1998: Megastädte
Heft 1/1999: WTO/GATT

Zeitschriftenschau

ila (212 Februar 98)

Schwerpunkt: Widerstand?

Hat der Neoliberalismus auf ganzer Linie gesiegt? Werden Ansätze für neue Politikmodelle sichtbar? Zugespitzt gefragt: »Wo und wozu engagieren sich heute Menschen in Lateinamerika?«. Die Konzeption des aktuellen Heftes folgt dieser Fragestellung. Herausgekommen ist ein unvollständiges Mosaik: Eine Ursache dafür liegt in der visionslosen Vielschichtigkeit der derzeitigen sozialen Bewegung. Und so heißt es vorsichtig optimistisch im Editorial: »Es wird noch eine Weile dauern, bis die Frage nach dem Gesellschaftssystem wieder gestellt werden kann – vielleicht, wenn die vielen kleinen Bewegungen einen gemeinsamen Weg finden.« Die Beiträge zum Schwerpunkt: Jenseits der Gewerkschafter. Autonome Frauenorganisationen in der Maquila (R. Köpke); Lokal denken, lokal handeln. Das Beispiel Guatemala; Einfache Muster taugen nicht. Die Linke in Lateinamerika (A. Sterr); Anwälte ohne Mandanten. Nichtregierungsorganisationen in Südamerika (A. Recknagel u.a.); Lockerung der Bindung an die Herrschenden. Die Kirche von oben und die Zivilgesellschaft u.v.m.

Einzelheft: DM 8,-; Jahresabo (10 Ausgaben/Jahr) DM 70,- bzw. ermäßigt DM 60,-. Bezug: ila, Heerstr. 205, 53111 Bonn

blätter des iz3w (Nr. 227)

Schwerpunkt: Politik in Banden - Warlords, Gangs und Bürgerkriege

Anhand aktueller Konflikte und aus unterschiedlichen Perspektiven wird analysiert, ob Staatlichkeit in großen Teilen der Dritten Welt eine Transformation erlebt, ob Raub und Krieg nur andere Formen der Konkurrenz sind, ob Schutz und Gehorsam die wesentlichen Funktionen im Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten sind und in welchem Zusammenhang das Bandenwesen mit der wachsenden Leistungsfähigkeit der illegalen Ökonomie und des organisierten Verbrechens (Waffen, Drogen) steht. Die Themen um Schwerpunkt: Räuber und Gendarmen. Staat und Bande am Ende des 20. Jahrhunderts (J. Später); Pirateninseln im Weltmarkt. Privatisierung von Sicherheit in zerfallenden Staaten (P. Lock); Der Unfall und einige Morde. Die Bande aus Politikern, Drogenhändlern und Killern in der Türkei (J. Keetman); Die beiden Gesichter des Drogenhandels (S. Blixen); Soldaten des Mammon. Söldner, Sicherheitsfirmen

und die Privatisierung von Krieg (K. Gebrewold); Racket und Völkermord in Rwanda. Möglichkeiten und Grenzen eines »Denkwerkzeuges«.
Einzelheft: DM 8,-; Jahresabo (8 Ausgaben/Jahr) DM 60,-.
Bezug: iz3w, Aktion Dritte Welt e.V., Postfach 5328, 79020 Freiburg

epd-Entwicklungspolitik (2/3/98)

Schwerpunkt: Brennpunkt Privatinvestitionen

Im Impressum der aktuellen Ausgabe heißt es: »Die Themen ›Gleichbehandlung‹ ausländischer Investoren, ›indirekte Enteignung‹ und was alles zu Investitionen gezählt wird, bergen gravierende Probleme. Aber an den von 1.600 bilateralen Investitionsschutzabkommen und Strukturanpassungsprogrammen schon längst geschaffenen Realitäten wird sich dadurch nicht mehr viel ändern. Vielleicht erhalten kleine und mittlere Unternehmen mehr Rechtsicherheit und können die Übermacht der wenigen Super-Multis ankratzen«. Eine Auswahl der Beiträge zum Schwerpunkt: Privatinvestitionen: Co-opetition. Globalisierung und die Verantwortung der Unternehmen (J. Wieland); Konzeptionelle Führung des Staates. Interview mit Stephan Kinnemann, Geschäftsführer der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG); Neue Allianzen – Neue Illusionen? Nord-Süd-NROs in Kooperation und im Dialog mit der Wirtschaft (C. Bals, K. Milke); Tabu Privatwirtschaft (K. Melchers); Private Finanzströme. Königsweg oder Holzweg? (P. Wahl) u.v.m.

Einzel-/Doppelnummer: DM 6,-/8,-; Jahresabo DM 206,40.

Bezug: epd-Entwicklungspolitik, Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt.